Lynch-Angestellte, die insgesamt mehr als 400 000 Scientific-Aktien losschlagen konnten, ging die Computer-Firma am 21. November 1969 in Konkurs. Die Kunden des Broker-Hauses, das auch Filialen in Düsseldorf, Frankfurt, Hamburg und München unterhält, verloren nach Schätzungen der SEC-Beamten rund 14 Millionen Dollar.

Mit ihren irreführenden Berichten und Aktien-Tips, so erklärte die Börsen-Behörde nun nach zweieinhalbjährigen Recherchen, hätten Merrill-Lynch-Mitarbeiter die Anti-Betrugs-Bestimmungen der amerikanischen Wertpapier- und Börsengesetze verletzt. Denn bei „vernünftiger und sorgfältiger Analyse" des EDV-Unternehmens sei es frühzeitig für die Experten der Wallstreet-Firma erkennbar gewesen, daß sich die finanzielle Situation Scientifics ständig verschlechtert hatte.

So hatte Scientific bereits im Oktober 1969 — also zu einer Zeit, da Merrill Lynch noch den Kauf von Aktien der Firma empfahl — seine Verpflichtungen nicht mehr erfüllen können und alle Kreditlinien erschöpft. In einem öffentlichen Verfahren gegen den Makler-Riesen (Rein-Gewinn 1972: 60,3 Millionen Dollar) und 49 seiner insgesamt 25 000 Angestellten wollen die SEC-Wächter klären, warum die Wertpapier-Fachleute ihren Kunden solche Tatsachen verschwiegen und statt dessen die geschönten Geschäftsberichte von Scientific anscheinend ungeprüft übernommen hatten.

Nach Bekanntwerden der SEC-Anschuldigung wies Merrill-Lynch-Chef Donald T. Regan sogleich darauf hin, daß seine Firma bereits in zwei Zivilverfahren vom Vorwurf des Betrugs freigesprochen worden sei. Gerichtlich geklagt hatten Kunden, die durch Scientific-Konkurs Verluste erlitten hatten.

Der neuen Klage sehen die Merrill-Lynch-Manager daher gelassen entgegen. Laut Firmenwerbung besitzen sie neben Vorsicht und äußerster Wachsamkeit auch „Frische und Kraft, die den Herausforderungen der Gegenwart wohl gewachsen sind".

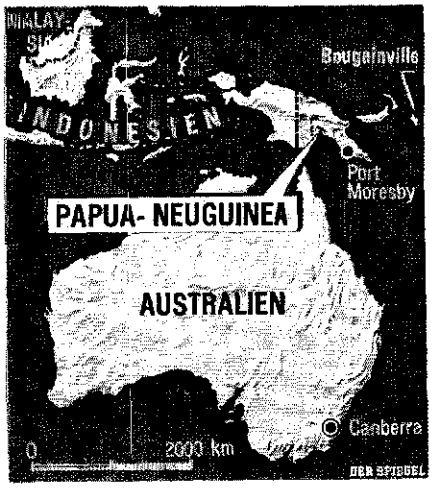
PAPUA-NEUGUINEA

Volk von Biertrinkern

Das von Australien verwaltete Papua-Neuguinea fürchtet die Unabhängigkeit.

Ich habe schon länger kein Menschenfleisch mehr gegessen", beschwichtigte Onamauta Beibe, Abgeordneter im Landesparlament von Papua-Neuguinea, seine Kollegen, „und ich bin recht zufrieden."

Mag der Abgeordnete Beibe auch auf Menschenfleisch verzichten, vielen seiner Landsleute ist der Appetit noch nicht vergangen. Immer wieder verschwinden aus der Hauptstadt Port



Moresby in die Provinz entsandte Beamte im Dschungel der Highlands — wahrscheinlich in den Kochtöpfen der Halbwilden.

Blutige Stammesfehden werden mit Äxten, Speeren, Pfeil und Bogen ausgetragen; angeblich werden Kinder geopfert, Blutrache-Akte begangen und Ritual-Mordaufträge für 2000 Mark ausgeführt.

Schreckensbotschaften dieser Art aus dem 150 Kilometer nordöstlich des australischen Mutterlands liegenden Territorium lesen die Australier fast jeden Morgen in ihren Zeitungen. Dennoch ist ihr neuer Ministerpräsident Gough Whitlam, 56, entschlossen, Papua-Neuguinea, dessen nordöstlicher Teil einstmals zum deutschen Kaiserreich gehörte, schnellstmöglich sich selbst zu überlassen.

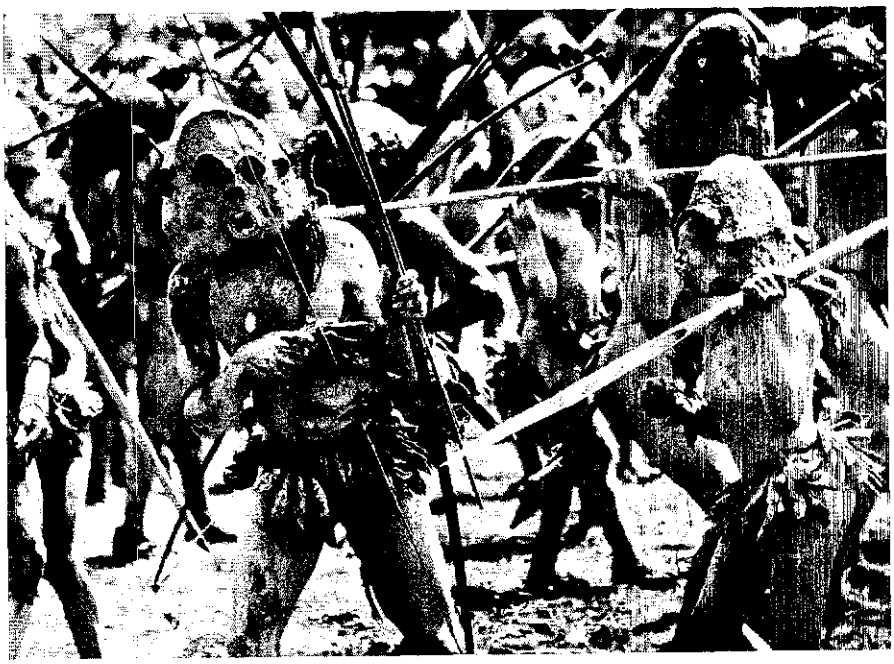
Whitlam, im Dezember vergangenen Jahres als erster Sozialdemokrat seit 1949 in Canberra an die Macht gekommen, fühlt sich dem Fortschritt verpflichtet. Niemand, befand er, könne sein Land zwingen, „ewig eine imperialistische Macht zu bleiben": Schon Mitte 1974 soll der neue Staat „Niugini", benannt nach dem Pidgin-Englisch seiner Ureinwohner, auf der Weltkarte auftauchen — zu früh nach Ansicht der Papua-Führer.

„Bei einem Referendum", klagte der im vergangenen Jahr zum ersten Ministerpräsidenten Niuginis gewählte Polizistensohn und Missionsschüler Michael Tom Somare, 36, „würde kein Mensch für die Unabhängigkeit stimmen." Die sechs Monate zwischen Selbstbestimmung Ende 1973 und Autonomie, in denen Australien noch für innere Sicherheit, Außenpolitik und Verteidigung zuständig sein wird, erscheinen ihm zu kurz. Louis Vangeke, römisch-katholischer Bischof Niuginis und Sohn eines Medizinmannes, sieht für sein Volk „schreckliche Zeiten" voraus.

In der Tat ist zu befürchten, daß nach dem Abzug der 8500 australischen Beamten und Polizisten

- ▷ das mühsam aufgepfropfte westliche Justizsystem den Rechtsgrundsätzen der Papua-Altvorderen weicht;
- ▷ die Abwanderung weißer Experten samt ihres Kapitals die schwächliche Wirtschaft auslaugt und
- ▷ Niugini, mit seinen 600 Inseln, 1000 Stämmen und 700 Sprachen und Dialekten in kürzester Zeit in eine Vielzahl von Kleinstaaten zerfällt.

Whitlam hat die Zeitspanne zwischen Selbstverwaltung und Unabhängigkeit absichtlich kurz gehalten: Er will den Einsatz von Truppen vermeiden, der dem australischen Ansehen in der Welt schaden könnte. Dabei ist Australien, das Papua 1906 von den Briten und das ehemals deutsche Neuguinea 1921 als Mandatsgebiet des Völkerbundes über-



Stammestänzer in Neuguinea: Katanga im Westpazifik?

SPIEGEL-Service-Information Nr. 2

„18 Prozent aller Auto fahrenden höheren Beamten würden eine Anhalterin in Hot Pants mitnehmen." - Auch das wissen Attila Kopàcsy und seine Mitarbeiter.

Wer Entscheidungen trifft im Marketing, in Verkauf oder Werbung, muß die Untersuchungen des SPIEGEL-Verlags kennen. Sie liefern Daten und Informationen sowohl über Verbrauchs-, Gebrauchs- und Investitionsgüter als auch über Dienstleistungen. SPIEGEL-Untersuchungen sind wertvolle Planungshilfen, ihr Informationsgehalt ist in der Branche anerkannt.

Mit „KKK IV" ist der letzte von vier Bänden über das Kauf-, Konsum- und Kommunikationsverhalten der gesamten erwachsenen Bevölkerung erschienen. In dieser Single-Source-Untersuchung stehen kombinierte Markt- und Mediadaten aus mehr als 20 Produktfeldern mit über 100 Produkten für Konzeption und Planung zur Verfügung.

In der SPIEGEL-Dokumentation „Urlaubsreisen" wurden zum erstenmal die Urlaubszyklen der Deutschen für den expandierenden Dienstleistungsbereich Touristik umfassend dargestellt.



Die Analysen „Entscheidungsprozesse und Informationsverhalten in der Industrie" und „Container und andere moderne Transportsysteme" informieren und geben Impulse für das Investitionsgüter-Marketing.

Diese Beispiele stehen für viele. Vielleicht auch für eines, das Ihnen nützen kann. Es gilt, was Attila Kopàcsy für seine Kollegen und sich verspricht: „Der Marketing Service des SPIEGEL-Verlags steht allen Unternehmen zur Verfügung. Auch Ihnen." Rufen Sie an: 040 /3 00 75 44

DER SPIEGEL

Aktuelle Information für alle, die wissen wollen, woran sie sind.

nahm, an den Geburtswehen der neuen Nation nicht unschuldig.

Wohl hat es Papua-Neuguinea seit dem Zweiten Weltkrieg rund 4,5 Milliarden Mark zukommen lassen, doch das Geld kassierten größtenteils die Kolonialbeamten. Verdient der weiße Manager einer Teeplantage 80 000 Mark, so liegt das Einkommen eines eingeborenen Bauern bei 200 Mark. „Wirtschaftlicher Fortschritt war eine Illusion, davon haben nur die großen Firmen und die Weißen profitiert", behauptet Michael Somare. „Wir sind Bettler und Erpresser geworden, ein Volk von Faulpelzen und Biertrinkern."

Eine einheimische Beamten- und Offizierselite, wie sie etwa Großbritannien in Indien hinterlassen hat, gibt es im künftigen Niugini nicht. Die persönlichen Berater des Eingeborenen Somare, selbst der Präsident des Landesparlaments, sind Weiße.

1976, zwei Jahre nach der Erlangung der Unabhängigkeit, werden nur anderthalb Dutzend einheimische Rechtsanwälte praktizieren. Handel, Banken, Produktionsbetriebe und Plantagen sind so gut wie ausschließlich in ausländischem, vorwiegend australischem Besitz. Nicht selten wurden Papuas — wenn überhaupt — so ausgebildet wie Kapi Sarohafa: Als erster Eingeborener seines Landes hat er eine Pilotenprüfung abgelegt, aber mit einem Fahrrad oder Auto weiß er kaum umzugehen.

Ein Nationalbewußtsein fehlt den Stämmen völlig. Somare-Berater Anthony Voutas: „Außer dem Ministerpräsidenten und zwei oder drei Politikern fühlt sich hier niemand einer Nation zugehörig." Denn wie die Grenzen anderer junger Staaten Asiens oder Afrikas wurden auch die Niuginis durch die Kolonialpolitik der europäischen Staaten und nicht etwa durch ethnische Bindungen bestimmt. Die Hochland-Bewohner Papua-Neuguineas verachten die gewieften melanesischen Küstenbewohner, von denen sie sich ausgebeutet fühlen.

Auf der 1000 Kilometer östlich der Hauptstadt Port Moresby gelegenen Insel Bougainville regen sich Sezessionisten. Denn geographisch, historisch und ethnisch gehört die Insel unbestritten zum britischen Protektorat der Salomon-Inseln, die demnächst gleichfalls unabhängig werden sollen.

Die Trennung von den Salomonen, „ausgelöst durch einen willkürlichen Pferdehandel ausländischer Mächte" (so Bougainville-Politiker Leo Hannett), wollen die 90 000 Insulaner jetzt rückgängig machen. Außerdem wollen sie ihren Reichtum nicht mit den ungeliebten Papuas teilen: Vor neun Jahren entdeckte der britisch-australische Rio-Tinto-Zinc-Konzern auf Bougainville eine der größten Kupferminen der Welt und investierte 1,6 Milliarden Mark.

Die Kupfermine wiederum ist die einzige Hoffnung Niuginis auf wirt-

schaftliche Prosperität, ihre Erze könnten die Exporteinnahmen des neuen Staates verdoppeln. Weder Somare noch Australien wollen daher eine Sezession Bougainvilles hinnehmen. Laut Londons „Economist" zeichnet sich daher ein „Katanga im südwestlichen Pazifik" ab.

ÖSTERREICH

Rax an alle

Der Mörder Dostal hat bewiesen, wie unsicher der österreichische Sicherheitsapparat ist.

„Das darf nicht wahr sein", ereiferte sich der Staatsmeister für Freie Pistole, Gerhard Petritsch, nach einer Polizeiübung. „Die Burschen haben ja keine Ahnung vom Schießen."

Am Dienstag voriger Woche schossen Österreichs Sicherheitsbeamte wie die Teufel. Vier Gendarmen feuerten fast 100 Patronen auf den Amokläufer Ernst Dostal. Der triumphierende Funkspruch „Rax an alle — Dostal ist tot" beendete die größte Menschenjagd, die es je in Österreich gab.

Nicht beendet freilich ist die Vertrauenskrise um den Sicherheitsapparat der Republik. Denn was vor den recht zweifelhaften Erfolgsschüssen passierte, beweist ein ungewöhnliches Ausmaß amtlicher Naivität und Hilflosigkeit.

Am 22. Juni 1973, einem Freitag, war der Ingenieur Ernst Dostal, 23, zur Zeugen-Vernehmung in die Wiener Rennwegkaserne geladen worden. Er stand im Verdacht, zehn Tage zuvor einen jungen Mann durch Sprengstoff zerfetzt zu haben.

Dostal galt als Waffennarr und passionierter Scharfschütze. Trotzdem durchsuchte ihn niemand, trotzdem saßen ihm die vernehmenden Beamten unbewaffnet gegenüber.

Als dem Verdächtigten die Argumente ausgingen, zog er eine Pistole und schoß drei Polizisten nieder. Gegenwehr fand nicht statt. Vorbei an den verdutzten Kollegen der Verwundeten rannte Dostal vom ersten Stockwerk hinunter zum Kasernentor, fand es geschlossen, schoß einen vierten Polizeibeamten an, kehrte in die erste Etage zurück und schwang sich durch ein Fenster ins Freie. In einem Fahrschul-Wagen fuhr er davon.

Dies alles spielte sich unter den Augen vieler Polizisten ab, die neugierig aus ihren Zimmern gerannt waren, als die Schüsse fielen. Kein Polizist schoß; offizielle Erklärung: „Es stand halt immer wer in der Schußlinie."

In der Tat: Bei Österreichs Polizei steht immer irgendwer in der Schußlinie, in vielerlei Hinsicht. Zu Anfang der Zweiten Republik galten die Polizisten als mögliche Kommunisten, weil ihre Truppe durch den KP-Politiker und Ex-Partisanen Franz Honner aufgebaut worden war. Später warf man ihnen vor, sie zögen die Pistole zu rasch und faßten Gesetzesübertreter zu unsanft an. Resultat: verunsicherte Beamte, wenig Bewerber, ständig abnehmende Zahl aktiver Beamter.





Dostal

Polizeieinsatz gegen Mörder Dostal: „Immer in der Schußlinie"

Rund 10 000 Gendarmen und knapp 14 000 Polizisten sorgen heute an Donau und Inn für Ruhe und Ordnung. Wien hatte 1950 noch 8536 Polizisten, heute sind es nur mehr 4900. Einzig bei den Polizeihunden gibt es genügend Nachwuchs.

Der Verbrecherjagd können sich die Polizisten nur nebenbei widmen. Ein Viertel von ihnen ist im Verwaltungsdienst beschäftigt. Sie stellen die Eigentumsverhältnisse von Pensions-Bewerbern fest, registrieren neugegründete Sparvereine und kontrollieren seit Einführung der Mehrwertsteuer Preise.

Die Einsatzbereitschaft der Beamten ist oftmals so niedrig wie das Gehalt. Der „Herr Wachmann" beginnt sein Berufsleben mit 3824 Schilling (546 Mark) Monatsgehalt und beschließt es, 65jährig, mit 8878 Schilling (1268 Mark).

Eine Umfrage ergab, daß der Beamte, der den Bürgern Sicherheit verbürgen soll, in erster Linie selber Sicherheit sucht — durch eine unkündbare Staatsstellung und ein ruhiges Leben. Um überhaupt noch Bewerber anzulocken, mußte die Polizisten-Arbeitszeit so kurz wie möglich bleiben.

So erklärt es sich, daß an den Türen österreichischer Polizeistationen oftmals Zettel mit der Aufschrift hängen: „Wachzimmer vorübergehend nicht besetzt. Rufen Sie in Notfällen die Telephonnummer 133".

Das erst im Mai abgeschaffte „Dreierradl" belohnte jeden Diensttag mit einem Bereitschaftstag (an dem der Beamte telephonisch erreichbar sein muß) und einem völlig freien Tag. Fast jeder Polizist ging einer lukrativen Nebenbeschäftigung nach. Auch die Neuregelung, die jetzt eingeführt wird, soll — so verspricht das Innenministerium — dem Polizisten genügend Zeit für den Zweitjob lassen.

Zeit für Training gibt es wenig. Von den 18 Ausbildungsmonaten gehen drei für Sport und Theorie drauf. Dann lernt der Polizist ein bißchen Maschinenschreiben, Funken, Hundeabrichten, Formulare ausfüllen.

Für sicheren Umgang mit der Waffe reicht das Unterrichtsprogramm nicht: Es gibt während der Ausbildung insgesamt nur 16 Schießübungen, nachher pro Jahr zwei Übungsschießen mit 20 bis 40 Schuß. Jeder Amateurschütze, berichteten die „Salzburger Nachrichten", feuert an einem Wochenende zehnmal soviel.

Als nach Zerschlagung der Baader-Meinhof-Gruppe auch in Österreich der Ruf nach modernen Polizei-Spezialverbänden laut wurde, antwortete Innenminister Otto Rösch sorglos: „So was brauchen wir nicht." Denn Österreich gehöre „zu den sichersten Ländern unter allen Industriestaaten der Welt".

Der Fall Dostal widerlegte ihn gründlich. Der Flüchtige ermordete ein Ehepaar und wechselte immerzu die gestohlenen Autos. Stets waren ihm Polizei und Gendarmerie auf den Fersen, stets entkam er. Die Staatsgewalt begnügte sich damit, die Bevölkerung per Radio aufzurufen, sie solle dem Amokschützen aus dem Weg gehen. Erst 65 Stunden nach der Flucht des Gewalttäters, also nach dem geheiligten Wochenende, setzte das Innenministerium einen Krisenstab ein.

Aber nicht dank dessen Aktivität, nur aufgrund von Hinweisen aufmerksamer Bürger, kam es dann am Dienstag zum letzten Gefecht.